



nicht der Einführung der konfessionellen Theologie überlassen bleiben. Ein Antrag, zu glauben, daß nicht konstituiert werden. Mit dem Antrage der Freikirchlichen sind wir einverstanden. Dasselbe gerügt billiger, wenn wir also bereit. In der Rede des Abg. Wörber liegt ein großer Widerspruch. So lange die Kirche als Staat nicht anerkannt wird, können wir nicht die Dignität mit hineinbringen. Eine Trennung wollen Sie aber nicht, weil Sie das Gebot des Staates nicht erben wollen. Da dürfen Sie sich auch nicht wundern, daß der Staat in kirchlichen Dingen auch was zu sagen haben wird. Ob dies für die Kirche gut ist, bezweifle ich. Aber in welcher Freiheit wird sich zeigen, welche innere Eingliederung jedem Bekenntnis innezuhaben.

Abg. Gering (konf.) bemerkt, daß er schon bei der ersten Lesung den ablehnenden Standpunkt seiner Freunde dargelegt habe. In der Rede hätte nicht für ihren Standpunkt nicht geändert. Dem würde nicht das Recht zustehen, so in die Verantwortlichkeit der Einzelnen einzuführen.

Abg. Dr. Müller-Mehlingen (Ev. Ep.) berührt nicht nur seinen Antrag und behält sich weitere polemische Ausführungen für später vor. Den zweiten Teil des Tolozanzantrages werden meine Freunde rühmend ablehnen; in dem ersten legen sie jedoch eine dringende Grundlage. Bei der vorläufigen Beratung ist die Beratung des Zentrums, das den zweiten Teil zurückziehen wollten, nachdem sie das aber nicht getan. Inwiefern sie wieder eingebracht haben, ist das allerdings Witztrauen hier am Platze. Auch den ersten Teil was man nur unter dem Gesichtspunkte des zweiten betrachten. Selbst der § 1 enthält ein ganz anderes Gefühl, wenn man ihn gründlich juristisch prüft. Der zweite Teil der Verträge muß ich gelobt werden, daß kein Zweifel darüber bestehen kann, was hohes Glaubens- und Gewissensgefühl anerkannt wird, auch das kirchliche. Meinen, Konfessionen usw. Deshalb haben wir auch meinen Abänderungsantrag eingebracht.

Abg. Dr. Gierler (nl. W.): Wir leben den Antrag in allen seinen Teilen ab als emanationen grundsätzlicher politischer Natur, wenn auch einzelne Bestimmungen humanes und laie charakteristisch sind. Unsere Stellungnahme ist seine Folge des Widerstandes in unsere eigene Kraft. Vielmehr wollen wir nicht eine Veränderung der Kompetenz des Reichs auf das Staatsrechtliche Gebiet. Der Antrag würde, wenn er angenommen würde, alle konfessionellen Gegenstände in die Reichsregierung hineinbringen. Das würde einen Verstoß der Verfassung für politische Zwecke mit sich bringen, was keinen Widerstand, was nicht durchschaffen. Der konfessionelle Friede würde dadurch auch äußerlich gefährdet. Unsere ganze geschichtliche Entwicklung weist darauf hin, daß solche Fragen auf dem Boden der Landesgesetzgebung zu lösen oder in Angriff zu nehmen sind. Die Verletzung des Deutschen Reiches mit konfessionellen Fragen und Streitigkeiten darf eines der Gründe seines Niederganges und Unterganges. Wir wollen das neue Deutsche Reich mit solchen Fragen nicht belasten. (Beifall.)

Abg. Schroder (nl. W.): Den ersten Teil des Tolozanzantrages betreffend der Religionsfreiheit der einzelnen Völker nehmen wir an, im zweiten Teil dagegen, betreffend die freie Religionsübung der Religionsgesellschaften, lehnen wir noch wie vor ab. Die gegen § 1 und einen vorliegenden Gedanken werden durch den freikirchlichen Antrag vollkommen beistimmt.

Abg. Gump (Ep.) erklärt, sie können noch wie vor aus prinzipiellen Gründen auf dem Standpunkte, daß der ganze Tolozanzantrag abzulehnen lie. Das Zentrum könne mit dem Vorgange der Verhandlungen zufrieden sein, weil von allen Seiten des Reiches die ungetrübtesten Beziehungen bestimmter Religionsgesellschaften zu den Reichsgewalten hergestellt werden lie. Man sollte sich doch hüten, dogmatische Streitigkeiten ins Volk zu tragen. Vor allem müssen die Geistlichen beider Konfessionen es vermeiden, die Gegenseite zu lächern.

Abg. Dr. Stöcker (evtl. W.) beanstandet keine Resolution, die den berechtigten Beschwerden des Zentrums Rechnung tragen und die letzten Worte eines früheren Vorlesungens beizubehalten. Das ist ein großer Apparat, wie der Tolozanzantrag, nicht nötig, der alles höher in die Einzelheiten der Gesetze über den Glauben werfen würde. Der Antrag würde, wenn er angenommen würde, nur der katholischen Kirche zugute kommen. Für den evangelischen Teil des Volkes sei der Antrag ganz unannehmlich.

Abg. Herr, Hertling (Ev. Ep.) erklärt, so lange die Veranlassung zum Antrag nicht beseitigt ist, würden sie immer wieder auf ihn zurückkommen. Die Reichsregierung sei auf diesen Gebiete vollkommen kompetent. Es liege nicht, daß das Zentrum mit diesem Antrag seine frühere Haltung geändert habe, aber dies sei doch ganz natürlich, da die alte katolische Doktrin auf ganz anderen Gesichtspunkten beruhe.

Hiermit schließt die Diskussion über den § 1. Der § 1 wird in der Sitzung des Antrages Müller-Sagans Meinung angenommen.

Als § 1a haben die Freikirchlichen einen Aufsatzenrat eingebracht, der bestimmt, daß niemand verpflichtet ist, seine oder seiner Angehörigen Glaubensmeinungen oder Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft zu offenbaren. Nachdem hierzu eine vereinbarte Erklärung abgegeben wurde, über welche das Reich öffentlich rechtlicher Pflichten oder Rechte abhängig ist von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Glaubensgemeinschaft. Unberührt bleiben abweichende reichsrechtliche Vorschriften.

Abg. Dr. Müller-Mehlingen begründet den Antrag. Abg. Dr. Stöcker (evtl. W.) erklärt, was er nicht beabsichtigt, weil der letzte Satz das Vorkerebende wieder aufhebt.

Abg. Dr. Müller-Mehlingen zieht darauf den Antrag zurück, um ihm die dritte Lesung ohne andere Fassung zu geben. Die § 2 und 3, die Bestimmungen darüber enthalten, daß die Eltern das religiöse Bekenntnis der Kinder bestimmen, werden beibehalten angenommen.

§ 4 bestimmt, daß kein Kind gegen den Willen der Erziehungsbeschäftigten zu einem Gottesdienste oder Religionsunterricht erzogen werden kann, welcher der religiösen Überzeugung der Erziehungsbeschäftigten nicht entspricht. Die Sozialdemokraten beantragen den letzten Satz zu streichen.

Die Freikirchlichen beantragen den § 4 wie folgt zu fassen: Ohne schriftlichen Antrag der Erziehungsbeschäftigten darf kein Kind zu einem Gottesdienste, welcher die Glaubensgemeinschaft des Kindes einschließt, Religionsunterricht, oder Gottesdienst zugelassen werden. Der Erziehungsbeschäftigte kann die Freikirchlichen des Kindes auch von dem eingeschriebenen Religionsunterricht oder Gottesdienste verlangen, wenn er schriftlich erklärt, daß dieser seiner religiösen Überzeugung nicht entspricht.

Abg. Dr. Stöcker beantragt beide Anträge.

Abg. Gering (konf.) empfiehlt den sozialdemokratischen Antrag des Religionsunterrichts, welcher in den Schulen erteilt werden, die Schule muß ganz von der Kirche getrennt werden. Dem Zentrum liegt es weniger an dem Unterrichte als an der Erhebung der Schule. Die Schule sollte unter die Vollmacht der Kirche gebracht werden. Herr Stöcker hat mal von einer weiteren Rede geredet, „es wäre besser, vollständig zu trennen, als zu trennen, was ein Standpunkt des Christentums, wie von der Bildung. Vielleicht nahm er Anstoß an das „mangelhafte“ Bewußt von mir. (Stimmung der Mehrheit.) Wenn ich aber mehr Deutsch und weniger Religion in der Schule gehabt hätte, dann würde ich besser deutsch und würde weniger in der Bibel gelehrt, (Große Heiterkeit.) Wenn man in der Schule wenig lehren will, so lehre, was ist, wenn der Kampf um die Erkenntnis kommt, was nicht, wenn die Erkenntnis den zehnten Jahre an sich verdienen muß. Also machen Sie sich nicht über die Geborgen anderer Leute lustig, an denen Sie schuld sind. Wenn Sie über mich lachen, lachen Sie über Ihre

scheitlen Schulen. Erzen Sie also dafür, daß die Schulen besser werden. Sie müssen sich also nehmen, wie ich bin. Ich sage: Besser selbste Grammatik und ein freier Mann, als ein Knecht des Kapitalismus mit der Wohlgenomie und den Wankern eines berrschlichen Kräftefeld. (Stimmung der Mehrheit.) Der Beside nicht, die Religion der Anders eingepflichtet. Ein Lehrer in Südstein hat Kindern, die seine Fragen nicht beantworten konnten, 70-90 erteilt. (Heiterkeit.) Wenn Sie was davon abgeben hätten, würden Sie wohl nicht lachen. (Stimmung der Mehrheit.) Die Herren Stöcker und Dr. Stöcker über den Darwismismus. Die Beside nicht, wie man über das, was die besten Männer Fortbrüder und Fortbrüder angelehrt haben (Heiterkeit), so laute Wie machen kann, (Präsident Graf v. Helldorf rief dem Ausdruck „faul.“) Ich gebe ja zu, daß bei manchen Leuten eine ungeliebte Entwicklung stattfindet und daß sie bei ihnen da aufhört, wo sie nach Darwinismen sollte. (Stimmung der Mehrheit.) In der liberalen Welt geht es nicht weiter, unsere Schulen müssen besser werden, es darf nicht mehr vorkommen, daß über Sprachbücher gelacht wird. Wenn Sie aber jetzt darüber lachen, so lachen Sie über Ihre eigenen Schulen. (Beifall b. d. Sa.)

Abg. Dr. Müller-Sagans befragt nochmal den freikirchlichen Antrag. Dr. Stöcker (Ev. Ep.) befragt ihn. Hiermit schließt die Diskussion.

Der Antrag Dr. Müller-Mehlingen wird abgelehnt, der Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung der Worte „welcher der religiösen Überzeugung der Erziehungsbeschäftigten nicht entspricht“, wird angenommen und mit dieser Modifikation der Antrag 1. Sodann beantragt das Zentrum die weitere Beratung auf Donnerstag 1 Uhr. Vorher sozialdemokratische Interpellation über Ausweisung der Juden.

Schluß 6 Uhr.

Ausland.

Die Kritik in Oesterreich.

Ein amtliches Communiqué besagt: Der Reichstag ist heute auf kurze Zeit vertagt worden. Er wird voraussichtlich zum 10. Mai wieder einberufen werden. Die Vertragung war unerschicklich, weil Reichherz v. Gaudiß der Krone keine Demission angeboten hat und dessen befristeter Nachfolger Prinz, Herzog von Hohenzollern-Schillingfürst eine kurze Spanne Zeit für erforderlich hielt, um die beim Ministerwechsel notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Eine parlamentarische Korrespondenz meldet, daß Herr v. Gaudiß zum Gouverneur der Bobenherzogthum ernannt worden wird.

Die Urnen in Frankreich.

Präsident Fallières unterzeichnete ein Dekret, durch das der Senat Müller an der Laige infolge seiner Rede in der Vertheilung in die Nichtwahl durch Entfernung aus seiner Stellung befristet wird.

Ein angeblicher Anschlag gegen König Guard.

Aus Neuapel wird gemeldet, daß dort sieben Personen verhaftet seien, die in einem Attentatsversuch gegen das Leben König Eduards verwickelt sind. Die Lady „Victoria and Albert“ wurde ebenfalls am Mal von einem kleinen Boote angefahren, an dessen Bord fünf bis sechs verkleidete Leute saßen, von denen zwei als Anschläger erkannt wurden. Ob sie Sprengstoffe bei sich führten, wird nicht gemeldet.

Die russischen Wärrer.

Die Eröffnung der Reichsduma.

Die feierliche Verlesung der Thronrede im Winterpalast wird unter großer Prachtentfaltung erfolgen. Die Zarinn-Mutter, die Zarin und alle Mitglieder des Reichsrates werden der „Magdeb. Bl.“ zufolge der Zeremonie beiwohnen.

Verschiedene russische Blätter melden, daß Graf Witte in der Sitzung des Ministerrates mitgeteilt habe, daß er aus Gesundheitsrücksichten seinen Austritt aus dem Reichsrat beabsichtige. Als Grund des Austritts geben die Blätter Differenzen bei der Beratung des Entwurfs eines Staatsgrundgesetzes in Petersburg an.

Als Kandidaten für den Posten des russischen Premierministers werden ausschließlich Goretzkin und Korowzew genannt.

Sich Newow wird gemeldet, daß in der Wohnung des kleinen Fürst Newow eine Handlung stattfand. Als nach neuestem Kloben endlich eröffnet wurde und die Gardemarschall und Schutzleute eintreten, seien letztere der Verwahrer Schiffe. Eine Frau war eine Bombe. Durch die Schiffe wurden ein Gardemarschall, ein Soldat und ein Schuhmann verwundet. Von den verhafteten zwei Frauen ist eine die Tochter des Leutnants Schmidt, des „Herben von Siewastopol“.

Ein hindu-Universität in Indien.

Nach Meldungen aus Kairo erklärte Mustafa Barukhi im Gespräch mit einem Journalisten, daß der türkische Armeeoberst an der ägyptischen Grenze konzentriert seien.

Für eine in Indien zu errichtende Hindu-Universität sind große Stiftungen gemacht und allgemeine Sammlungen eingeleitet worden, so daß das Projekt, womit auch der in Indien zu errichtenden höheren mohammedanischen wissenschaftlichen Schule Kontinuität gemacht wird, der Bevölkerung näher rückt.

Halle und Umgegend.

Zur Frage der Neuverpflichtung des Stadtkonzepts. Auf Grund des Beschlusses der Stadtkonzepts-Versammlung vom letzten Winterrate, wegen der Neuverpflichtung des Stadtkonzepts zunächst mit dem bisherigen Direktor des Stadtkonzepts Herrn Richard in Verbindung zu treten und erst, wenn dieser kein annäherndes Angebot macht, zur öffentlichen Ausschreibung zu schreiten, ist im Auftrag des Magistrats der zukünftige Direktor, Herr Stadtkonzeptsdirektor Wagner, mit Herrn Direktor Richard in Verbindung getreten. Die Verhandlungen schweben noch, hauptsächlich an Freitagen wird in der Magistrats-Sitzung das Angebot des Herrn Direktor Richard vorliegen. Got sich der Magistrat über diese wichtige Angelegenheit schlüssig gemacht, so wird sie wohl zu nächst an die Theater- und an die Finanzkommission gelangen. Im nächsten Jahre dürfte über die entsprechende Vorlage im Winterrate, den 14. Mal, vom Plenum der Stadtkonzepts entschieden werden.

Kunst und Wissenschaft.

Zwei neue wissenschaftliche Expeditionen nach Ostasien hat die Deutsche Akademie der Wissenschaften beschlossen. Professor Reuleaux wird die Expedition nach Ostasien leiten, Professor Reuleaux wird die Expedition nach Ostasien leiten. Professor Reuleaux wird die Expedition nach Ostasien leiten.

Expositum in das fällige des Viktorija Thronerbes abzuweisen Gebiet teilgenommen hat, rest abernach mit diesem Throner, um sich längere Zeit seiner nächsten Durchforschung zu widmen. Vom hat Herr Dr. Dehler angekündigt.

Ben von Hediu, der berühmte schwedische Fortschrittsforscher, ist nach einer Heide, die ihn über Island, Färöer, Norw., Island, Ostasien und Ostasien führte. Auf diese Reise hat er die große Schwedische Reichsstadt beinahe überquerter, vor er die große Togen in Seitan (an der persisch-albanischen Grenze) die ersten Gebirgsgebirge angetroffen. Es ist ihm gelungen, im Verlauf seiner bisherigen Reise umfangreiche Unterlagen zu sammeln, die einen größeren Wert über die bisher noch wenig bekannten ostasiatischen Gebirgs- und Hochgebirgsgebiete haben werden. In der Wärrer Zeitung sind mehrere Mitteilungen erschienen, die von Hediu und von Aufenstahl in Seitan ist Ben von Hediu nach Ostasien weiter gereist.

Ein Museumdiefbstahl. In dem Museum der königlichen bairischen Sammlungen zu Rosen burg sind jüngt große Diebstahle entdeckt worden, durch die die Sammlungen sehr beträchtliche Verluste erlitten haben. Rosenburg, Böhmen, die dortige goldene und silberne Statuen, alle lebende Gewänder und Gemälde werden vermisst; von den königlichen Wärrer, Kronen, dem Schmuck und Diamanten und anderer Schmuck herabgerissen. Ueberall berichtet große Enttäuschung, zumal von dem Diebe keine Spur vorhanden ist.

Dr. Gering (konf.) empfiehlt die sozialistische Fakultät der Universität zu Leipzig hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen.

Dr. Gering (konf.) empfiehlt die sozialistische Fakultät der Universität zu Leipzig hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen.

Dr. Gering (konf.) empfiehlt die sozialistische Fakultät der Universität zu Leipzig hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen.

Dr. Gering (konf.) empfiehlt die sozialistische Fakultät der Universität zu Leipzig hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen.

Dr. Gering (konf.) empfiehlt die sozialistische Fakultät der Universität zu Leipzig hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen.

Dr. Gering (konf.) empfiehlt die sozialistische Fakultät der Universität zu Leipzig hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen.

Dr. Gering (konf.) empfiehlt die sozialistische Fakultät der Universität zu Leipzig hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen. Prof. Dr. Gering (konf.) hat sich für die Abwahl von Prof. Dr. Gering (konf.) als Präsidenten der Fakultät ausgesprochen.



